

## Unterrichtseinheit: Europäisch gedacht – national gemacht: Nachhaltige Entwicklung in der EU

### Mehrweg denken, Einweg vermeiden

In immer mehr Städten gibt es eine kommunale Verpackungssteuer. Diese wird von Verkaufsstellen von Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck erhoben, die darin Speisen und Getränke für den sofortigen Verzehr oder zum Mitnehmen ausgeben. Die Steuer ist eine Möglichkeit, Einwegabfälle zu begrenzen, da die Kosten den Verbraucherinnen und Verbrauchern vielleicht zu hoch sind und sie deshalb auf Einwegprodukte verzichten.

#### Einwegvermeidung = Müllvermeidung

Circa 29.000 Tonnen Abfall pro Jahr entstehen allein durch Einwegtüten für frische Backwaren. Die EU-Einwegkunststoffrichtlinie regelt, wie die Auswirkungen von spezifischen Kunststoffprodukten auf die Umwelt – speziell auch der Meeresmüll – gemindert werden kann. Beim Konsum von Einwegprodukten aus Kunststoff muss umgedacht werden, um den immensen Plastikabfällen entgegenzuwirken. Um diesem Anspruch auf nationaler Ebene zukünftig gerecht zu werden, wurde der Einwegkunststofffonds ins Leben gerufen. Der Einwegkunststofffonds soll dazu beitragen, die Sauberkeit des öffentlichen Raums zu fördern sowie die Vermüllung der Umwelt mit Einwegkunststoffprodukten zu reduzieren. Doch was heißt das zum Beispiel für einen Bäckerbetrieb? Verkauft der Betrieb seine Brötchen oder Kuchen in Folientüten oder Folienverpackungen, so muss er die Kosten für seine – in Straßen oder Parks als Abfälle eingesammelten – Einwegkunststoffprodukte tragen. Diese so genannte Einwegkunststoffabgabe wird für die Kosten zur Sammlung in öffentlichen Sammelsystemen, für Reinigungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen verwendet. Ziel ist langfristig, dass sich der Betrieb für kunststofffreie Mehrweg-Materialien entscheidet und Einwegmaterialien vermeidet. Die EU hat zu diesem Thema die EU-Kunststoff-Richtlinie (EWKRL) in Verbindung mit der EU-Mission **Wiederbelebung unserer Ozeane und Gewässer** auf den Weg gebracht.

Ziel ist, bis 2030 den Kunststoffabfall in Meeren, um mindestens 50% zu reduzieren und die Freisetzung von Mikroplastik in die Umgebung um 30% zu verringern. National wurde die EU-Vorgabe durch das Einwegkunststofffonds-Gesetz (EWKFondsG) umgesetzt.



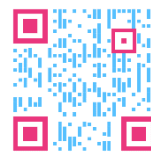
Die **Höhe der Abgabesätze** für betroffene Produkte wird mit der Einwegkunststofffondsverordnung (EWKFondsV) geregelt. Die **Einwegkunststoffabgabe für Getränkebecher wurde mit 1,236 Euro/ kg** festgelegt. Das heißt Bäckereien oder Konditoreien, die z. B. Kaffee zum Mitnehmen in Bechern ausgeben, müssen 1,236 Euro pro Kilogramm Becher bezahlen. Diese Abgabe wird üblicherweise den Konsumentinnen und Konsumenten in Rechnung gestellt. Dadurch verteuert sich der Kaffee zum Mitnehmen.

#### AUFGABEN

1. Recherchieren Sie, welche Produkte durch das EWKFondsG betroffen sind und welche Vor- und Nachteile das Gesetz bringt: ☆



Scann mich:  
EWKFondsG



Scann mich:  
Einwegkunststofffonds

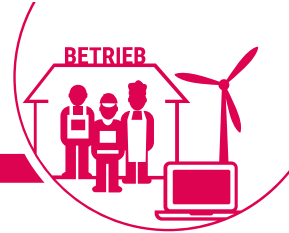


#### Schon gewusst?

Dieses Kennzeichen hilft Ihnen, Produkte zu erkennen, die kennzeichnungspflichtige Kunststoffe enthalten, weil sie zur Vermüllung der Umwelt beitragen.



© iStock/Constantin C

**2. Nehmen Sie Stellung:** ☆ ☆ ☆

Maßnahmen wie die kommunale Verpackungssteuer oder höhere Preise durch die Einwegkunststofffonds-Verordnung (EWKFondsV) sollen dazu beitragen, die Umwelt zu schützen und den Verpackungsmüll zu reduzieren. Gleichzeitig bedeuten diese Regelungen für viele Handwerksbetriebe, z. B. Bäckereien, zusätzliche Kosten und organisatorischen Mehraufwand.

Überlegen und bearbeiten Sie:

- Wie bewerten Sie solche Regelungen?
- Welche Vorteile haben sie für die Umwelt und die Gesellschaft?
- Welche Herausforderungen ergeben sich für z. B. Betriebe im Handwerk?

Sammeln Sie weitere Beispiele:

- Welche Betriebe im Lebensmittelhandwerk sind ebenfalls von solchen Gesetzen betroffen?
- Die EWKFondsV bezieht sich nicht nur auf Lebensmittelbehältnisse. Welche weiteren Einwegkunststoffprodukte könnten welche weiteren Handwerksbetriebe betreffen?